

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A) 7 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 35 Pfennig Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Ausz.] • Nr 583 • A 295

DONNERSTAG, 11. DEZEMBER 1930

MORGEN-AUSGABE • V

Poincaré wird betraut

Pierre Laval scheiterte an Tardieu

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. DEZEMBER

Der zweite Versuch, eine neue französische Regierung zu bilden, ist heute abend endgültig gescheitert. Pierre Laval, der im Laufe der Abendstunden noch eine ganze Anzahl von Links- und Rechtspolitikern empfing, hat dem Präsidenten der Republik gegen 7 Uhr mitgeteilt, daß er auf die Bildung des Kabinetts verzichte. Noch heute abend soll nunmehr Poincaré den Auftrag erhalten, ein Kabinett zusammenzustellen. Poincaré hat bereits den Verschiedenen der auswärtigen Kommission, Paul-Boncour, zu sich gebeten.

Aus den letzten Befriedungen Lavals ist noch die Entscheidung hervorgegangen, mit der Poincaré den Journalisten nach seinem Besuch bei Laval erklärte, daß die Haltung seiner Gruppe der

Sozialrepublikaner, also der Gruppe Briand, an die Haltung der Radikalen gebunden ist. Diese haben sich also auch die Sozialrepublikaner gegen Tardieu als Mitglieder des Kabinetts und gegen jegliche Teilnahme der äußersten Rechten an der Kombination ausgesprochen. Allerdings würde die Beauftragung Poincarés die Lage wieder ändern.

Zu seinem Bericht auf die Regierungsbildung erklärte Pierre Laval den Journalisten nach dem letzten Empfang im Elysee, er habe sich bemüht, „die republikanische Bewegung im Einklang mit dem Wahlmindererfolg im Senat zu verwirklichen“. Er habe eine Entscheidung herbeiführen wollen und sei „auf die Parteien entgegenkommend politischen Konflikte und auf die Verschiedenartigkeit der Mehrheiten im Senat und in der Kammer gekommen“. Frankreich, betonte er, müsse schleunigst eine Regierung bekommen.

Streikbeschluss bei Bolle

1800 Arbeiter im Ausstand

Die Lohnstreikigkeiten der Meierei Bolle haben gestern abend zu einem überaus heftigen Abgleich geführt. Mit großer Mehrheit hat die Funktionäre den Beschluss gefasst, sofort den Streik zu beenden, der offiziell bereits gestern abend um 11 Uhr in Kraft trat, sich aber in letzter sollen Auswirkung erst heute zeigen wird. Der Streik ist für die Berliner Bevölkerung von erheblicher Bedeutung, weil die Meierei Bolle mit ihren 167 Zweigstellen etwa 15 v. H. des Berliner Milchverbrauchs regelt. Die Lohnkämpfe waren entstanden, als die Betriebsleitung einen Abbau der Löhne ankündigte und der Schlichtungsausschuss einen Streikbeschluss fällte, der eine Kürzung in Höhe von etwa 4,6 v. H. im Durchschnitt vorsah. Die Arbeitgeber beantragten

Verbindlichkeitsklärung, die der Schlichter für Groß-Berlin, Wiffell, jedoch gestern abend ablehnte. Trotz dieser Ablehnung wurde amnestisch unter dem Eindruck des Metallarbeiter-Streikbeschlusses, bei dem gleichfalls Verbindlichkeitsklärung abgelehnt wurde, später aber ein für die Arbeitnehmer wenig günstiges Ergebnis herauskam, der Streik befristet.

Es befinden sich 1800 Arbeiter im Ausstand. Es wurde beschlossen, lediglich die Metallarbeiten auszuführen. Auch wurde beschlossen, die auf den Schichttagen noch lagernde Milch abzugeben. Die zweite Schicht, die um 2 Uhr nachts ihren Dienst antreten hatte, nahm die Arbeit nicht mehr auf, so daß die Milch heute morgen nicht mehr zur Verteilung gelangt.

Attentat auf den dänischen Sozialminister

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOPENHAGEN, 10. DEZEMBER

In der heutigen Folketingss-Verammlung, auf deren Tagesordnung der Sozialreformengesamtentwurf des Sozialministers Steinsnes stand, wurde von der Zahlreichkeit aus, während Rede Steinsnes ein Revolverattentat gegen den Minister verübt. Mit dem Ruf „Im Namen der Arbeitslosen“ gab ein Zuschauer plötzlich einen Revolverschuss auf Steinsnes ab, der jedoch in die Decke ging, da zwei auf der Zahlreichkeit stehende Detektive beim ersten Wort auf den Attentäter hinstiegen und seinen Arm in die Höhe schlugen. Der Täter, ein Arbeitsloser, wurde Personales nicht festgehalten werden konnten, wurde überführt und verurteilt. Die im Saal anwesende Partei des dänischen Minister Steinsnes, der seine Rede in aller Ruhe fortsetzte.

Schober für Mitteleuropa

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. DEZEMBER

Der ehemalige Bundeskanzler und neue Außenminister Schober vertritt in einem Interview im „Ententeant“ das Österreichische in der Verfassungsreform und der endgültigen Regelung der Reparationsfrage. Ihn die schlimmsten Schwierigkeiten überwinden, die heute, obwohl wir heute noch eine gewisse Prosperität wegen der trostlichen wirtschaftlichen Lage. Auch ist nicht zu erwarten, daß einige Parteien den unter der Krisenpolitik litten, aber die Mehrheit des Volkes trete für eine Politik der Versöhnung im Innern und des Friedens nach außen ein.

Oesterreich denkt nicht daran, sich Schober fort, sich durch Bündnisverträge irgendwelcher Art in einen Kriegszustand einzulassen.

Er glaube noch nicht einmal an die Möglichkeit einer Donau-Föderation. Er würde es für besser halten, wenn die Staaten Mittel- und Ost-Europas sich zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit entschließen könnten, anstatt wertvollen Spannungen nachzugeben.

Ostpreußens Dank an Braun

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖNIGSBERG, 10. DEZEMBER

Durch den Generaldirektor der preussischen Staatsarchive, Professor Dr. v. Braumann (Berlin), wurde das Neue Staatsarchiv Königsberg heute eingeweiht. Aus diesem Anlaß hielt Oberpräsident Dr. Siegel (Königsberg) eine Rede, in der er der Verdienste des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun für seine Heimatortung gedachte und es mit Freude begrüßte, daß in den Räumlichkeiten des neuen Ministerpräsidenten Aufstellung gefunden hat.

„Die Geschichte, die dieses Haus in erster Linie geweiht ist“, führte der Oberpräsident aus, „wird einst ein gerechtes Urteil über Otto Braun fällen, der in schwerer Zeit mit fester und fester Hand, mit Klugheit und Gelassenheit, den Wiederaufbau des preussischen Staats geleitet und ihn von Verfall und Verfall bewahrt hat. Spätere Generationen, die sich in diesem Hause mit der Geschichte unserer Zeit beschäftigen, werden es dankbar anerkennen, ein Standbild dieses führenden deutschen Staatsmannes unserer Zeit, der ein Sohn dieser Stadt ist, hier zu finden.“

Die urkundlichen Beweise für die gesamte kolonialistische und kulturelle Arbeit, die in diesem Ordestand alle deutschen Stämme in sieben Jahrhunderten geleistet haben, und damit die urkundlichen Beweise für den fernbestehenden Charakter des Preussenlandes, sind in den Räumen des Archivs für alle Zeiten aufbewahrt. Das Staatsarchiv möge als ein Bollwerk deutscher Kultur der Zukunft und auch in die fernste Zukunft seiner hohen und wichtigen Aufgabe dienen.“

Staatsgebilde und

Der Staat gegen sich selbst — „Freiwillige“ Föderation — Stärkung der Zentralgewalt

Von

DR. HERBERT WEICHMANN

Der Verfasser, Jurist und Verwaltungsfachmann, schildert auf Grund einer formalistischen Theorie die staatliche Organisation Sowjetrusslands.

Nach der offiziellen russischen Staatslehre ist der Staat eine Institution, die überwinden werden muß. Die Verfassung der R. S. S. F. verbindet gleich in ihrem ersten Artikel, daß ihre Aufgabe die Verwirklichung eines Kommunismus sei, bei dem es keine Staatsgewalt mehr geben wird. Die Kommentare erklären, daß in der künftigen klassenlosen Gesellschaft der Staat, die Machtorganisation, die im Prozeß des Klassenkampfes entsteht, und der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der anderen Klassen dient, eine Übergangsform sein muß. Sie rechtfertigen seine heutige Existenz nur als Übergangsmaßnahme, in der der Staat als Erziehungsmittel der Stütze des Proletariats seine eigene Vernichtung vorbereiten und durchzuführen hat.

In Wirklichkeit aber ist der Sowjetrussische Staat eine Machtorganisation ohne Selbstmordgeboten. Er schließt über sein „quos ego“ in die Welt mit dem Anspruch, in Struktur und Arbeit jede Problematik überwinden zu haben, die den Staatsaufbau des alten Europas zum Ruin der Bevölkerung beiführt.

In Europa wiederum begünstigt Unkenntnis der Staatskonstitution und des Liebesworts der Diskussionen über die reine bolschewistische Gesellschaftslehre die zutreffende Erkenntnis vom eigentlichen Wesen des bolschewistischen Staates.

Zunächst das „Reichs-„Zäuberproblem“:

Das heutige Sowjetrussland bezeichnet sich als eine Föderation von selbständigen Staaten, die auf der Grundlage eines freiwilligen Zusammenschlusses einen jederzeit lösbaren Bund geschlossen haben. Es sei dahingestellt, wie weit dieser Bund rechtlich ein Staatenbund oder Bundesstaat ist. Die politisch interessierte Frage ist allein, ob und welchen Prinzipien eine föderative Bewegung national verschiedener Völkergemeinschaften erreicht, abgegrenzt und durchgehalten werden konnte.

Bei einer Betrachtung nach diesen Gesichtspunkten ergibt sich zunächst, daß der von der Unionsverwaltung hervorgerufene Charakter einer freiwilligen Föderation der verschiedenen Sowjetrepubliken weder der Entstehungsgelegenheit noch der tatsächlichen Geschichte gerecht wird. Willkürlich gelehrt liegt die Gründung der Sowjetunion nicht an der Gründung der einzelnen Sowjetrepubliken als Produkt ihres Zusammenschlusses, sondern vorher. Wie die bolschewistische Revolution die Mutter aller heutigen Gehehens in Sowjetrussland ist, so ist auch der einheitliche Zusammenhang der von ihr erzeugten Gebiete ihr Werk. Die einheitliche revolutionäre Ideologie im Denken schuf sich als logisch selbstverständliche Teilung zuerst ihre territoriale Einheit. Die Teilung dieser territorialen Einheit in nationale Sowjetrepubliken war eine spätere Zweckmaßnahme. Die von oben her durch die revolutionären Gewalten, das heißt durch die Kommunistische Partei nachdrücklich vorgekommen, und in eine rechtliche Form gebracht wurde. Nicht aber haben bisher föderative nationale Gewalten sich voneinander eine gemeinsame Einheit gegeben. Die freiwillige und ungewollte Gründung der heutigen Union, von der die Unionsverwaltung spricht, kann danach höchstens als ein Prinzip der gegenwärtigen oder der künftigen föderativen Staatsgewalt, nicht aber als das ursächliche Prinzip angesehen werden.

Selbst für die Gegenwart und für die Zukunft darf man aber davon ausgehen, daß der Charakter der freiwilligen vertraglichen Bindung der Staaten nichts mehr als eine Formel ohne Geltungskraft ist. Die wirklich bindenden Kräfte, die das Reich zusammenhalten, liegen außerhalb der Verfassung und aller rechtlichen Konstitutionen.

Es sind dieselben Kräfte, die bei der Entstehung am Werke waren; die revolutionäre Ideologie und die der ausführenden Organ die Kommunistische Partei. Nach der revolutionären Sowjetideologie drängt die Solidarität der Arbeiterklassen und ihrer Interessen die gesamten wertvollen Massen in eine einheitliche sozialistische Gesellschaft. Da sich nun die sozialistische Gesellschaft nicht auf ein territorial umgrenztes Gebiet, sondern ihrem theoretischen Charakter nach international auf die ganze Welt, ihrer praktischen Wirklichkeit